

Positionspapier zu Afghanistan

Nachhaltige Entwicklung statt Militärpräsenz

Die Piratenpartei lehnt eine Fortführung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ab und setzt sich für einen schnellstmöglichen Abzug ein. Eine sinnvolle, projektgebundene Entwicklungshilfe soll die Grundversorgung der Bevölkerung des Landes sichern.

Laut Berichten von Human Rights Watch, UNICEF und Anderen hat sich die Lage in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte - vielfach als Kriegsbegegnung verwandt - auch durch den Einsatz der NATO nicht entscheidend verbessert.

Der NATO-Militäreinsatz hat nicht zur Zerschlagung der Taliban geführt, sondern sie lediglich aus der staatlichen Exekutive vertrieben, ohne ihre militärische Macht und ihren Einfluss nachhaltig brechen zu können - er muß daher auch im Hinblick auf das Verfehlen von zahlreichen humanitären Zielen in weiten Teilen als gescheitert angesehen werden.

Die Piratenpartei plädiert deshalb dafür, an die Stelle des militärischen Engagements ein umfassendes internationales Förderprogramm treten zu lassen, welches dem Wohlstand und Fortschritt der gesamten afghanischen Bevölkerung dient und langfristig zur Entstehung eines funktionierenden Gemeinwesens in Afghanistan führt. Ortsansässigen Organisationen und Fachleuten wird – in Zusammenarbeit mit den Geldgebern und Entwicklungshilfe-NGO's – die Hauptverantwortung bei der Abarbeitung der zu bewältigenden Aufgaben zukommen.

In folgenden Kernbereichen soll ein maximaler Nutzen für die weitere Entwicklung Afghanistans sichergestellt werden:

1. Infrastrukturprojekte, Aufbau einer autarken Energieversorgung und Kommunikation, Förderung des Personen- und Güterverkehrs der Region.
2. Bekämpfung von Diskriminierung, Menschenhandel und Extremismus durch Schulung der Polizei und präventive Maßnahmen.
3. Erlöse aus dem Abbau vorhandener Bodenschätze müssen im Land verbleiben und dort zur Verbesserung der Situation eingesetzt werden.
4. Eine strenge Kontrolle und Reduzierung der Opium-Produktion und der Ausfuhr von Drogen stellt die Voraussetzung für eine ausreichende Nahrungsmittelerzeugung und landwirtschaftliche Unabhängigkeit dar.
5. Schaffung eines flächendeckenden Bildungssystems.

Als Grundlage für einen NATO-Rückzug aus Afghanistan schlagen wir eine schrittweise Übergabe der NATO-Militärbasen an Truppen der International Security Assistance Force (ISAF), bestehend aus Einheiten der islamischen und blockfreien Staaten, vor. Versehen mit einem robusten UNO-Mandat werden sie bis zum Erreichen einer landesweiten Befriedung Afghanistans für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich sein.

Anmerkung:

Dieser Entwurf zu einem Positionspapier zu Afghanistan basiert weitgehend auf einem LQFB-Antrag der AG Friedenspolitik und stellt lediglich einen Versuch dar, den Textbedarf zu reduzieren und übersichtlicher zu strukturieren.

Karlsruhe, 22.05.2012
Christoph v. Trotha